



WZFG e.V.
Berlin-Buch

Forschung für zukunftstaugliches Verhalten
Förderung regenerativer Energien
zukunftsorientierte Kulturarbeit
Öffentlichkeitsarbeit

WERKSTATT FÜR ZUKUNFTS-FORSCHUNG UND -GESTALTUNG (WZFG e.V.) auf dem Biomedizinischen Forschungs-Campus Berlin-Buch
Geschäftsstelle, PF, 13092 Berlin, od. Robert-Rössle-S. 10, 13125 Berlin, T=030/94063845, F=/9494161 d.; T=030/4241718, F=/42085416 p.

An den Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages
z.Hd. Frau Heidemarie Lüth
Platz der Republik 1
11011 Berlin
T,F=030/227-73257,-76657

Berlin, 13.11.01

Sehr geehrte Frau Lüth,

da unser Schreiben vom 20.10.01 bisher nur erschreckend wenige Reaktionen ausgelöst hat, möchte ich Ihnen für Ihre aufgeschlossene und konstruktive Antwort vom 1.11.01 im Namen unseres Vereins ganz besonders herzlich danken und Ihre Anregung für ein Petitionsverfahren aufnehmen (s. Anlage). Falls Sie uns irgendwie helfen können, einige interessierte Diskussionspartner möglichst aus allen Fraktionen des Bundestages zu gewinnen, wären wir Ihnen sehr dankbar. Uns fehlt der Einblick, wer dafür möglicherweise ansprechbar sein könnte.

Mit Dank im Voraus und freundlichen Grüßen

Dr. Hans-Volker Pürschel
Vors. WZFG e.V.



WZFG e.V.
Berlin-Buch

Forschung für zukunftstaugliches Verhalten
Förderung regenerativer Energien
zukunftsorientierte Kulturarbeit
Öffentlichkeitsarbeit

WERKSTATT FÜR ZUKUNFTS-FORSCHUNG UND -GESTALTUNG (WZFG e.V.) auf dem Biomedizinischen Forschungs-Campus Berlin-Buch
Geschäftsstelle, PF, 13092 Berlin, od. Robert-Rössle-S. 10, 13125 Berlin, T=030/94063845, F=/9494161 d.; T=030/4241718, F=/42085416 p.

An den Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages
z.Hd. Frau Heidemarie Lüth
Platz der Republik 1
11011 Berlin
T,F=030/227-73257,-76657

Petition

Als Verein WZFG e.V. bitten wir darum, wesentliche Punkte unserer „Stellungnahme zu Folgen und Konsequenzen der Terroranschläge auf die USA“, die wir am 20.10.01 an alle Abgeordneten des Deutschen Bundestages persönlich verschickt haben, zum Gegenstand eines Petitionsverfahrens zu machen.

1. Wir erkennen mit Besorgnis, daß in der Entscheidungsfindung über Antworten auf das Verbrechen vom 11. September wie in der öffentlichen Diskussion darüber ein irrationales menschliches Verhaltensmuster eine große Rolle spielt, das in der Wissenschaft als „Gruppenaggression“ bekannt ist. Es legt uns allzuleicht unvernünftige und inhumane Entscheidungen nahe. Wir halten allgemein verbreitetes Wissen um die Wirkungsweise dieser angeborenen Neigung für unabdingbar (vergl 1.1 bis 1.6 oben zitiertes Stellungnahme) und bitten unsere Volksvertreter, bei ihren Entscheidungen jederzeit zu prüfen, ob sie nicht durch dieses Verhaltensmuster beeinflusst werden und sich außerdem dafür einzusetzen, daß solches Grundwissen künftig praxisnah an allen Schulen vermittelt wird.

2. Wir bitten alle Abgeordneten, sich für ein schnellstmögliches Ende des Krieges in Afghanistan einzusetzen, weil er zur Bekämpfung des Terrorismus ein weitgehend ungeeignetes Instrument darstellt, ungeheure Eskalationsgefahren in sich birgt und die Gefahr, für andere Zwecke als vorgegeben umfunktioniert zu werden. Bitte verwenden Sie sich dafür, daß Deutschland seine gewachsene Verantwortung in der Welt nicht in der Beteiligung an militärischen Aktionen sieht, sondern in deren Vermeidung, und daß es sich in diesem Sinne bei den Verbündeten einsetzt.

3. Wir bitten alle Abgeordneten, sich dafür einzusetzen, daß die Bundesrepublik einen eigenständigen deutschen Beitrag für eine zukunftstaugliche Lösung der gegenwärtigen Krise leistet in folgenden Richtungen:

3.1 Schnellstmögliche Einrichtung des geplanten Internationalen Gerichtshofes auch zur rechtlichen Verfolgung von globalisiertem Terrorismus.

3.2 Durchsetzung einer Definition von „Terror“, die Terror durch Staaten mit einschließt.

Vorstand: Dr. Hans-Volker Pürschel (Vorsitzender - Physiker/Zukunftsforscher/Kulturarbeiter), Uwe Frömberg (Vorstandsmitglied - Informatikingenieur), Anna Franziska Schwarzbach (Vorstandsmitglied - Dipl. Architektin/Bildhauerin). **Bankverbindung:** Kto. 397 2629 005, Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. **Gemeinnützigkeit:** Für Wissenschaft, Kultur, Bildung wurde dem Verein am 19.10.00 vorläufig die Gemeinnützigkeit und die Berechtigung, Spendenquittungen auszustellen, durch das Finanzamt, Gerichtstr.27, 13347 Berlin, zuerkannt.

3.3 Schaffung eines Gewaltmonopols der UNO auch gegen grenzüberschreitenden Terrorismus.

3.4 Schaffung einer Weltordnung, die auf Dialog und gleichberechtigter Kooperation aufbaut und wirksame Unterstützung einer kulturell eigenständigen demokratischen Entwicklung in benachteiligten Weltregionen als langfristig ökonomischste Antiterrorstrategie.

4. Insbesondere bitten wir darum, sich für die sofortige Aufkündigung aller Bündnisverpflichtungen zu verwenden, sollten sich die USA einseitig zum Einsatz von Atomwaffen entschließen. Mit äußerster Sorge sehen wir bei der amerikanischen Bevölkerung eine mehrheitliche Befürwortung des Einsatzes von Atomwaffen als Folge gruppenaggressiver Gestimmtheit und dahingehender Manipulation. Ebenso beunruhigt uns die Anforderung von ABC-Spürpanzern und die Aussage, im Falle der Erfolglosigkeit der bisherigen Kriegsführung gebe es „auch noch andere Mittel“.

5. Bitte seien Sie äußerst kritisch und wachsam. Beugen Sie allen Ausweitungen militärischer Mittel, möglicher Einsatzregionen und Zielstellungen vor!

6. Abschließend bitten wir alle Abgeordneten darum, sich im Parlament wie in der Öffentlichkeit dafür einzusetzen, daß das bei gruppenaggressiver Stimmungslage höchst gefährdete Recht auf freie Meinungsäußerung unter ganz besonderen Schutz gestellt wird. Ganz konkret bitten wir darum, sich dafür einzusetzen, daß alle BundesbürgerInnen, die bisher wegen kritischer oder bloß ungeschickter Äußerungen im Zusammenhang mit den Terrorangriffen auf die USA gemäßregelt wurden oder sogar ihre Arbeitsstelle verloren haben, rehabilitiert werden. Es darf nicht zugelassen werden, daß in kritischen Situationen durch Mechanismen der Gruppenaggression demokratische Regeln beeinträchtigt und Andersdenkende ausgegrenzt werden. Für kritikwürdig halten wir in dem Zusammenhang auch, daß der Bundespräsident wegen mäßiger und nach Ursachen fragender Äußerungen in der entscheidenden Anfangsphase nach den Anschlägen vom Bundeskanzler öffentlich „zurückgepiffen“ wurde. Ebenso kritisieren wir jede Form der Druckausübung auf die persönlichen Entscheidungen der Abgeordneten. Bitte verteidigen Sie das Recht des Bundespräsidenten auf eigenständige Positionierung und ihr eigenes Recht, unabhängig von Fraktions- und Koalitionszwängen zu entscheiden.

Berlin, 13.11.01

Dr. Hans-Volker Pürschel
Vors. WZFG e.V.